

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Bezugspreis:
 Vierteljahr 4.50 RM., monatlich 1.50 RM.,
 frei ins Haus, vorausbezahlt. Einzelne
 Nummern 10 Pf. Postbezug: Monatlich
 1.50 RM. Unter Bezugnahme für
 Deutschland und Österreich-Ungarn
 4.50 RM. monatlich. Ausland ins Haus
 bei direkter Bestellung monatlich 1.50 RM.
 Postbestellungen nehmen an. Adressen
 meist, Postamt, Berlin, Schöneberg
 und die Schweiz, Villingen in die
 Postzeitungs-Vertriebsstelle.
 Erscheinung täglich.
 Telegramm-Adresse:
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Anzeigenpreis:
 Die hier angegebene Preiskategorie ist für
 10 W. „Kleine Anzeigen“, das
 letztbedruckte Wort 10 Pf. (zählend
 2 seitgedruckte Worte), jedes weitere
 Wort 10 Pf. Stellenanzeigen und
 Stellenangelegenheiten das erste Wort
 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Die
 Worte über 10 Buchstaben zählen als
 zwei Worte. Anzeigen für die
 „Kleinen“ Anzeigen 10 Pf.,
 politische u. gewerkschaftliche Anzeigen
 40 Pf. bis 100 W. Anzeigen für
 die nächste Nummer müssen bis
 5 Uhr nachmitt. im Hauptpostamt,
 Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, ab-
 gegeben werden. Nachmitt. von 6 Uhr
 bis 7 Uhr abends.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3. Freitag, den 8. Februar 1918. Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.
 Fernsprecher: Amt Westhafen, Nr. 151 90-151 97. Fernsprecher: Amt Westhafen, Nr. 151 90-151 97.

Deutsches Ultimatum an Trozki?

Worte.

Aus alten Kanzlerreden.

Bethmann am 2. Dezember 1914:

Dieser wunderbare Geist, der die Herzen des deutschen Volkes durchglüht in nie gesehener Einigkeit, er muß und wird siegreich bleiben.

Und, meine Herren, wenn ein ruhmvoller, wenn ein glücklicher Frieden erkämpft sein wird, dann wollen wir diesen Geist hochhalten als das heiligste Vermächtnis dieser furchtbar ernsten und großen Zeit. Wie von einer Zaubergewalt sind die Schranken gefallen, die eine öde und dumpfe Zeit lang die Glieder des Volkes trennten, die wir gegeneinander aufgerichtet hatten in Mißverständnis, in Mißgunst und Mißtrauen. Eine Befreiung und eine Beglückung ist es, daß nun einmal dieser ganze Mut und Unrat weggesetzt ist, daß nur noch der Mann gilt, einer gleich dem anderen, einer dem anderen die Hand reichend für ein einiges, heiliges Ziel. Ich wiederhole noch einmal das Wort, das beim Ausbruch des Krieges der Kaiser gesprochen hat: Ich kenne keine Parteien mehr, ich kenne nur noch Deutsche. Wenn der Krieg vorüber ist, werden die Parteien wiederkehren. Denn ohne Parteien, ohne politischen Kampf kein politisches Leben auch für das freieste und einigste Volk! Aber kämpfen wollen wir dafür — und ich an meinem Telle verspreche es Ihnen —, kämpfen wollen wir dafür, daß es in diesem Kampfe nur mehr Deutsche geben darf.

Wir halten durch, meine Herren! Und ich bitte Sie, durch die Annahme unserer Vorlage es zu bekräftigen: wir halten durch, bis wir Sicherheit haben, daß keiner mehr wagen wird, unseren Frieden zu stören, einen Frieden, in dem wir deutsches Wesen und deutsche Kraft entfalten und entwickeln wollen — als freies Volk!

Bethmann am 28. September 1916:

Was anders befähigt uns denn, diesen Kampf gegen fast die ganze Welt siegreich zu bestehen, als die Liebe zu dem Lande der Väter, die alle seine Ehre mit unzerstörbarem Bande umschlingt, was anders als die unverborene Kraft der Arme und der Herzen, die in dem Urgrund des Volkes lebt, aus dem in ewiger Erneuerung die Geschlechter heraussteigen? Nichts von dem, was uns diese Heuerprobegabe bestehen läßt, können wir im Frieden missen. Was sich im Kriege so wunderbar bewährt, muß auch im Frieden leben und wirken.

Unermessliche Arbeit erwartet mich, so schrieb Friedrich der Große, als der Siebenjährige Krieg zu Ende ging. Unermessliche Arbeit, das war für uns die Wirkung aller der großen Kämpfe, in denen wir seit 150 Jahren um unsere Existenz gerungen haben. Unermessliche Arbeit war unser Glück und wird es wieder sein. Die gewaltigen Aufgaben, die auf allen Gebieten des staatlichen und sozialen, des wirtschaftlichen und politischen Lebens unser harren, bedürfen zu ihrer Lösung aller Kräfte, die in unserem Volke leben. Eine Staatsnotwendigkeit, die sich gegen alle Bemühungen durchsetzen wird, ist es, diese Kräfte, die da sind, im Feuer gegliedert, die nach Schaffen und Wirken rufen und verlangen, für das Ganze zu nützen. Freie Bahn für alle Tätigen, das sei unsere Lösung. Wenn wir diese Lösung vorurteilsfrei durchführen, dann wird unser Reich, festgefügt, weil jeder Stein und jeder Balken mitträgt und mitwirkt, einer gesunden Zukunft entgegengehen; dann werden die Starken aus allen Ständen gern und freudig teilnehmen an den Werken des Friedens wie jetzt am blutigen Kampfe.

Bethmann am 27. Februar 1917:

Meine Herren, auch über die großen innerpolitischen Probleme will ich mich auf einige allgemeine Bemerkungen beschränken. Wie um die Kriegsziele, so gehen auch über die Gestaltung unserer innerpolitischen Verhältnisse die Meinungen hin und her. Neuorientierung! — Kein schönes Wort! Ich glaube, ich nehme es heute zum ersten Male in den Mund, und es erweckt so leicht eine falsche Vorstellung. Als ob es in unserem Belieben läge, ob wir uns neu orientieren wollen oder nicht. Nein, meine Herren, eine neue Zeit mit einem erneuerten Volk ist da. Der gewaltige Krieg hat sie geschaffen. Ein Geschlecht, das in so ungeheuren Erleben bis in die letzten Fasern seiner Empfindungen erschütterter worden ist, ein Volk, von dem ein ergreifendes Wort eines selbsterfahrenen Dichters sagen könnte, daß sein ärmster Sohn auch sein getreuester war, eine Nation, die es tausendfältig jeden Tag erfahren hat, daß nur gesamte Kraft die höhere Gefahr bestehen und überwinden kann. — meine Herren, das sind lebende Kräfte, die sich von keinem Parteiprogramm

weder von rechts noch von links einzwängen oder aus ihrer Bahn werfen lassen.

Überall, wo politische Rechte neu zu ordnen sein werden, da handelt es sich nicht darum, das Volk zu belohnen für das, was es getan hat — diese Vorstellung ist mir immer als geradezu entwürdigend erschienen —, sondern es handelt sich ausschließlich darum, den richtigen politischen und staatlichen Ausdruck für das zu finden, was dieses Volk ist.

Gewaltige politische, geistige, wirtschaftliche, soziale Aufgaben stehen uns nach dem Kriege bevor. Lösen können wir sie nur, wenn die gesamte Kraft, deren Zusammenfassung uns allein befähigt, diesen Krieg zu gewinnen, — wenn diese Kraft auch im Frieden fortwirkt, wenn ihr die Bahnen geschaffen werden, in denen sie frei und freudig fortwirken kann.

Wer hiergegen eintenden wollte, daß nach den Befreiungskriegen vor hundert Jahren die Hoffnungen auf eine vollständige Umgestaltung des inneren deutschen Wesens getäuscht wurden, der überläßt ganz den Unterschied in den treibenden Kräften.

Hertling am 29. November 1917:

Was die Zensur betrifft, so bin ich gern bereit, der freien Meinungsäußerung zu ihrem Rechte zu verhelfen, soweit vaterländische Interessen nicht im Wege stehen. Gewisse Schranken werden sich im Kriege niemals vermeiden lassen. Gegenüber den strengen Zensurmaßnahmen in den anderen Ländern befinden wir uns ja heute schon in der Lage eines Spielers, der mit offenen Karten spielt, während die Gegner die ihrigen verdecken. Noch jüngst hat Clemenceau jede Milderung der Zensur abgelehnt, derselbe Clemenceau, der als Journalist mit größter Erbitterung gegen die Zensur angekämpft hatte. Es ist mein ernstes Bestreben, Mißstände abzustellen und ihrer Wiederkehr vorzubeugen. In diesem Sinne haben bereits Verhandlungen mit den zuständigen militärischen Stellen stattgefunden, deren Ergebnis ein Erlaß des Kriegsministers vom 18. November ist, der den Wünschen der Presse und des Reichstags Rechnung trägt. Namentlich im Verbot der Zeitungen soll eine Milderung eintreten, und es soll ein engeres Verhältnis zwischen den Herausgebern und der Zensur stattfinden. Ich bin gern bereit, allen Wünschen entgegenzukommen. Dasselbe gilt für das Vereins- und Versammlungsrecht.

Sozialdemokratie, Mehrheit, Regierung.

Die Tatsache, daß bis in die letzten Tage hinein interfraktionelle Besprechungen abgehalten wurden, hat zu Kommentaren mancherlei Art Anlaß gegeben. Die Neugierde, wie sich das Verhältnis der Sozialdemokratie zu den bürgerlichen Mehrheitsparteien und zur Regierung gestalten werde, ist natürlich sehr groß. Und da möchten wir zunächst sagen, daß zwischen den bürgerlichen Mehrheitsparteien und der Regierung ein Unterschied zu machen ist. Die bürgerlichen Mehrheitsparteien haben der sozialdemokratischen Forderung nach sofortiger Einberufung des Reichstags widersprochen und dadurch einen ungeheuren Fehler begangen, über den natürlich im Reichstag noch gesprochen werden muß. Im übrigen war die Sozialdemokratie auch in den Zeiten der schärfsten parteipolitischen Kämpfe bereit, sachliche Übereinstimmungen, wo sich solche fanden, festzuhalten und zu positiven Werten auszumünzen. So wird es auch in Zukunft sein.

Die Verantwortung für die innere und äußere Politik trägt die Regierung. Die Sozialdemokratie hat sich der Regierung Hertling niemals verschrieben und vom ersten Tage an haben wir hier gesagt, daß wir diese Regierung lediglich nach ihren Taten beurteilen werden. Das wird, wenn der Reichstag am 19. Februar zusammentritt — ihn noch weiter zu vertagen, scheint man sich nun doch zu schämen — in gründlicher und ausgiebiger Weise geschehen müssen.

Kurz und gut: die Sozialdemokratie behält den Parteien und der Regierung gegenüber, ihren Prinzipien und ihren Erfahrungen entsprechend, freie Hand. Die Verantwortung für das, was sie tut, trägt sie, und die Verantwortung für das, was sie nicht tut, lehnt sie ab. Es ist ganz fälschlich, ihr zuzumuten, sie sollte sich auf Armsünderbänken setzen und sich in Reue verkrüppeln. Sie wird nicht als Angeklagte, sondern als Anklägerin im Reichstag erscheinen. Sie geht den Weg, den sie für richtig hält, nimmt Gesellschaft an, wenn sie sich findet — aber sie geht ihn auch gern allein.

Vor dem deutschen Ultimatum an Trozki.

„Größeres Entgegenkommen nicht mehr möglich.“

Schon seit einigen Tagen konnte man die Beobachtung machen, daß Organe, die der deutschen Regierung im allgemeinen nicht gar so fern stehen, fast in scheltendem Ton die angeblich übergroße Langmut der deutschen Unterhändler in Brest-Litowsk tadelten. Das ließ darauf schließen, daß in der Brest-Verhandlungstaktik ein völliger Umschwung zu erwarten sei. Diese Vermutung bestätigt jetzt vollumfänglich ein Artikel der offiziellen „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ mit der bezeichnenden Ueberschrift: „Die neue Verhandlungsphase in Brest“. In ihm heißt es:

Unsere Diplomaten haben bis jetzt die äußerste Geduld und das äußerste Maß von Entgegenkommen Herrn Trozki entgegengebracht. Sie wollten den Russen Gelegenheit geben, durch einen Frieden der Versöhnung und der Verständigung im Wege des Kompromisses zu einer für beide Länder befriedigenden Lösung zu kommen. Die bisherigen Verhandlungen in Brest-Litowsk und der beiseitende Chorus der russischen Anklagen und der russischen Presse zeigen nicht, daß die Russen dieses Entgegenkommen und diese Geduld zu würdigen verstanden hätten. Im Gegenteil, die öffentliche Meinung in Deutschland hat den Eindruck gehabt, daß Herr Trozki durch dieses weite Entgegenkommen, vielmehr in falscher Einschätzung der tatsächlichen Lage, noch in seinen Ideen des Ausschließens der Verhandlungen zum Zwecke der Revolutionierung von Westeuropa bestärkt worden ist.

Keine gemachten Kundgebungen bolschewistischer Letten, wie sie jetzt in russischen Funkprüchen verbreitet werden, und keine weiteren Übergriffe können die Mittelmächte bei ihrem festen und unabänderlichen Entschlusse wankend machen, sich auf eine Rückgewinnung der Westgebiete Rußlands in der von Herrn Trozki gewünschten Art und Weise nicht einzulassen. In diesem Entschlusse bestärken die Mittelmächte die Gefahren, die von einem revolutionierten und von Hunger und Seuche durchwühlten Rußland für diese Randgebiete und für Westeuropa drohen, wenn ein fester Damm fehlen würde. In der Frage des Selbstbestimmungsrechts der Völker sind die Verbündeten den Russen außerordentlich weit entgegengekommen. Weitere Kompromisse scheinen nicht mehr denkbar. Auch in den Fragen der Grenzen der Verbündeten größeres Entgegenkommen nicht mehr möglich machen. Mit Groß-Rußland steht daher die Frage so, ob Herr Trozki seinerseits dem gerechten und entgegenkommenden Standpunkt der Verbündeten Rechnung tragen will oder nicht.

Mit der Ukraine schreiten die Verhandlungen in gutem Tempo weiter fort. Gelingt es, einen Abschluß mit der Ukraine zustande zu bringen, so kann die Entwidlung der Friedensverhandlungen mit Herrn Trozki und gleichzeitig sein. Versichert sich Herr Trozki durch mangelnden Friedenswillen seinerseits die letzte Möglichkeit, die ihm für einen Frieden und damit für eine Erlösung des unter dem Kriege zusammenbrechenden Rußland gegeben ist, so werden nicht die Mittelmächte, sondern Trozki eigene Partei und das aus tausend Wunden blutende Rußland die Rechnung zu bezahlen haben.

Der Sinn dieser Ausführungen ist klar: Trozki soll — möglichst nach Abschluß eines Sonderfriedens mit der ukrainischen Rada — vor ein Ultimatum gestellt werden, die Forderungen der Deutschen Regierung vom 27. Dezember 1917 inklusive des Selbstbestimmungsrechts der russischen Randvölker, wie die Deutsche Regierung es aufreißt, restlos anzuerkennen, andernfalls der Krieg gegen Rußland von neuem aufflammen werde. — Wir wissen nicht, was Trozki hierauf erwidern wird. Aber wir wissen, daß das deutsche Volk, falls es zu einem Scheitern der Verhandlungen kommen sollte, sehr genau die Schuldfrage nachprüfen und erörtern wird. Es wird sich nicht damit begnügen, ein paar in die Debatte geworfene Schlagwörter, von denen wir auch jetzt wieder in der „N. N. Z.“ eine Uniersifikation finden, gedankenlos nachzuplappern, sondern es wird auch die Frage in den Kreis seiner Betrachtungen ziehen, welchen Einfluß das Programm vom 27. Dezember 1917 und das starre Festhalten daran auf den Gang der Verhandlungen gehabt hat.

Protest gegen Versailles.

„Progrès de Lyon“ kritisiert scharf die neue Kriegsziel-erklärung der Entente von Versailles. Die ganze Konferenz habe große Unzufriedenheit hervorgerufen, weil die Entente auf den Vorschlag Czernins, in Verhandlungen einzutreten und eine Verständigung zu suchen, keine Antwort erteilt habe. Sie habe eine kostbare Gelegenheit, Frieden zu schließen, ungenutzt vorübergehen lassen.

Kein russischer Konflikt mit China.

Petersburg, 6. Februar. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Die sinitische Gesandtschaft in Petersburg veröffentlicht folgende Note:

Einige Petersburger Zeitungen sprachen von einer Befehung Charbins durch chinesische Truppen. Diese Mitteilung ist ungenau. Charbin ist chinesischer Boden. Die chinesische Regierung hat es zur Verleugung der Kunde unter der eingeborenen Bevölkerung und der Fremdenkolonie für notwendig gehalten, Truppen dorthin zu entsenden, zu dem alleinigen Zweck, die Ordnung und die Sicherheit der Ausländer und der Chinesen aufrecht zu erhalten. Damit hat sie nur ihre Pflicht als Landesoberhaupt erfüllt. Die Regierung ist verpflichtet durch Artikel 5 des Vertrages von 1896 mit der Gesellschaft der Ostchinesischen Eisenbahnen, der besagt: Die Chinesische Regierung wird die unerlässlichen Maßnahmen treffen zur Sicherung der Eisenbahnen und ihrer Angehörigen gegen jeden Angriff. Die Republik China wünscht als gute Freundin ihres Nachbarn Russland nichts als die Entwicklung der russischen Demokratie. Wir versichern hiermit, daß die erwähnte Maßnahme in keinerlei Beziehung zu den inneren Ereignissen in Russland steht.

Wie sind aus sicherer Quelle unterrichtet, daß die in der bürgerlichen Presse umlaufenden Gerüchte über einen Konflikt mit China reine Fiktion sind. In der Tat werden zwischen dem Kommissariat für die Auswärtigen Angelegenheiten und der Chinesischen Gesandtschaft Verhandlungen gepflogen über die Regelung der Verwaltung der Mandschurei nach den russischen Grenzländern. Das normale Leben in der Entäußerungszone (zona d'abandon) dieser Bahn wurde durch herausfordernde Handlungen von Anhängern der früheren Staatsform gestört. Es ist kein Zweifel, daß die chinesische Regierung mit vorliegender Darlegung die begangenen Fehler gutmachen wird.

Der Kampf um Kiew und Orenburg.

Ein von Wolffs Bureau mitgeteilter ukrainischer Funkpruch, dessen Herkunft im Dunkel geblieben ist, sagt, der Aufstand der Bolschewiki in Kiew sei dabei, gänzlich liquidiert zu werden. Das Stadtzentrum sei von den Bolschewiki gänzlich gesäubert. Alle Regierungsanstalten, Bahnhof und Arsenal seien von Ukrainern besetzt. Es wird aber auch mitgeteilt, daß noch „schwarzes Feuergeplänkel“ andauert. — Der Kampf um Kiew ist also danach noch nicht endgültig ausgefochten.

Petersburg, 6. Februar. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Der Sowjet von Ufa erhielt ergänzende Nachrichten über die Einnahme von Orenburg. Die Streitkräfte der Sowjets sichern den Übergang sämtlicher öffentlicher Anstalten einschließlich des Telegraphenamts in die Hände der revolutionären Truppen. General Dufow hat sich in der Umgebung von Naisk durch die Flucht gerettet, indem er seine Truppen verließ, die schwere Verluste erlitten, die jedoch trotzdem neuen Widerstand in der Umgebung von Troisk veranlaßten. Der Sowjet von Tscheljabinsk entsandte sofort an die bedrohte Stelle genügende Verstärkungen, um die Widerstandskämpfe zu unterdrücken. Neue Zusammenstöße und Scharmützel werden als bevorstehend erwartet.

Sowjet meldet aus Petersburg: Das Hauptquartier meldet, daß die Truppen der revolutionären Armee von Minsk Nischni einnahmen und gegen Kiew vorrückten.

Neuer die Zustände in Kiew erzählt die „Frankfurter Zeitung“ aus Bern: In Kiew und dem ganzen Gouvernementsgebiet herrscht zurzeit bei den niederen Volksschichten großer Mangel. Die Zahl der Arbeitslosen steigt. Vor zwei Wochen wurden sie in Kiew auf über dreihunderttausend geschätzt. Die Munitions- und Kriegsbedarfsfabriken haben den Betrieb wegen Materialmangels eingestellt. In einer Anzahl Lebensmittelbetrieben streifen die Arbeiter. Der Streik in den Brotbäckereien gefährdet die Nahrungsversorgung der Stadt ernstlich gefährdet. Vor dem Arbeiterhaus finden täglich große Ansammlungen von vielen Tausenden Arbeitsloser statt. Die ukrainischen Bolschewiki haben an ihnen eine starke Stütze. Die Lebensmittel sind knapp. In Kiew kostet ein Ei 28 Rubel, ein Pfund Butter 10—12 Rubel. Die ukrainische Stadtkommune hat versucht, durch die Gründung von Volkshäusern der Not zu steuern.

Der Bürgerkrieg in Finnland.

Stockholm, 6. Februar. Ein Telegramm an „Dagens Nyheter“ meldet aus Haparanda, daß sich die Roten Gardisten in Finnland nach ihrer Niederlage in Uleaborg nach Nemi zurückziehen.

Stockholm, 6. Februar. Nach Telegrammen an die hiesige finnische Gesandtschaft sind im Kampf bei Uleaborg 200 russische Soldaten, 150 Rote, 40 Weiße Gardisten gefallen. Nemi ist von den Regierungstruppen eingenommen. Am 6. Februar 5 Uhr nachmittags begann der Kampf um Tornea.

Stockholm, 6. Februar. Der Sonderberichterstatter von Svenska Telegramman meldet aus Helsingfors: Die Roten Gardisten verhaften weitere Personen, die mit den Weißen Gardisten sympathisieren. Zwei Stöckerle des Hotels Kämp wurden als Krankenhaus des Roten Kreuzes eingerichtet. Man sagt, daß Tannerheim mit seinen Weißen Gardisten Lammiersford genommen hat.

Stockholm, 6. Februar. Die Stockholmer Blätter melden, hat das schwedische Rote Kreuz zwei Ambulanzen ausgesendet, um sie nach Finnland zu schicken.

Der Aufstand der Polentruppen.

Smolensk und Witebsk genommen.

Stockholm, 7. Februar. Dem Korrespondenten der Telegraphen-Agentur wird aus Petersburg berichtet: Nach einer zweitägigen Schlacht, an der sich auch die polnische Artillerie unter dem General Sosnowski beteiligt hatte, ist Smolensk von den polnischen Truppen im Sturm genommen worden. Die Stadt Witebsk wurde von dem General Dostow-Rudnik erobert. Die zur Bekämpfung der Artillerie nötigen Pferde wurden den Polen von den Ukrainern geliefert.

Die Trennung von Kirche und Staat in Russland.

Die Beschlagnahme des Alexander-Newski-Klosters.

Petersburg, 5. Februar. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Ein Erlass über die Gewissensfreiheit der religiösen Gesellschaften, Trennung von Staat und Kirche, Abschaffung aller Vorrechte, die sich auf das Glaubensbekenntnis begründen, und aller Beschränkungen der Gewissensfreiheit, verleiht vollkommene Freiheit der religiösen Aiten, soweit sie nicht die bürgerlichen Rechte und die öffentliche Ordnung betreffen. Niemand darf seine bürgerliche Pflicht unter Berufung auf seine religiöse Überzeugung vernachlässigen. Es ist erlaubt, die bürgerliche Pflicht durch eine andere, vom Volksgericht genehmigte, zu ersetzen. Der religiöse Eid wird abgeschafft und durch eine feierliche

Artilleriefener, Vorfeldgefechte, Erkundigungsvorstöße im Westen.

Kautsch. Großes Hauptquartier, 7. Februar 1918. (W. Z. S.)

Weißlicher Kriegsschauplatz.

Nähe an der Küste am Nachmittage Artilleriekampf. Von einem Vorstoß weißlich von Zandvorde und aus Vorfeldkämpfen im Artois brachten Infanterieabteilungen Gefangene ein. Die englische Artillerie war am Abend zu beiden Seiten der Scarpe und westlich von Cambrai wieder tätig. Ein französischer Vorstoß in der Champagne scheiterte. Im Maasgebiet hielt Artillerietätigkeit im Anschluß an eine südwestlich von Ornes erfolgreich durchgeführte Erkundung tagsüber an.

Bisfeldwebel Gfwein schoß in den letzten 3 Tagen 6 feindliche Flugzeuge ab.

Von den anderen Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Der Erste Generalquartiermeister. Ludendorff.

Abendbericht.

Berlin, 7. Februar 1918, abends. Militärisch.

Von den Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Der österreichische Bericht.

Wien, den 7. Februar 1918. Militärisch wird veröffentlicht:

Keine besonderen Ereignisse.

Der Chef des Generalstabes.

Verficherung erseht. Die Eintragung der Eheschließungen und Geburten geht auf die bürgerliche Behörde über. Die Schule wird von der Kirche getrennt. Der obligatorische Religionsunterricht wird aufgehoben. Alle kirchlichen und religiösen Gesellschaften genießen keine Sonderrechte oder Unterstützung von Seiten des Staates und besitzen kein Eigentum. Alle Güter in ihrem Besitz werden als Volkseigentum erklärt. Gebäude und Gegenstände, die dem Kultus dienen, gehen an die religiösen Gesellschaften zu kostenlosem Gebrauch über.

Petersburg, 6. Februar. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Mitteilung des Kommissariats für öffentliche Wohlfahrt über die Ausschreitungen in der Nachbarschaft des Klosters Alexander-Newski. Am 20. Januar begannen sich die Vertreter des Kommissariats nach dem Kloster und der Kathedrale Alexander-Newski, um deren innere Einrichtung zu untersuchen und den Grad zu bestimmen, in dem sie für die Zwecke der öffentlichen Wohlfahrt nutzbar gemacht werden könnte. Da das Ergebnis dieser Untersuchung günstig war, erklärte die Kommission dem Prior des Klosters, er möge den Versuch machen, ein Verzeichnis über die Möbel aufzustellen. Die Beschlagnahme der Kirchlichkeiten wurde verhindert durch den hartnäckigen Widerstand des Priors, trotz der Bereitwilligkeit der Mehrzahl der Mönche, die Arbeit des Kommissariats zu unterstützen. Trotzdem der Retropolit die Raumnutzung des Klosters genehmigte, fuhr der Prior fort, die Auslieferung des Inventars zu verhindern.

Mit Rücksicht darauf, daß die Räume für die Unterbringung Verwundeter und Kranker dringend benötigt wurden, beschloß der Kommissar die vorläufige Entferrnung des Priors, der der Durchführung der Regierungsverfügung Hindernisse in den Weg legte. Am 1. Februar erschien der Kommissar in Begleitung von zwölf Notar Gardisten und fünf Kronstädter Kasernen in Kloster. Beim Erscheinen der Notar Gardisten läuteten die Mönche Sturm und vertrieben die Bewohner des Klosters. Trotz der zusammengelassenen Menge verhaftete der Kommissar den Prior und führte ihn unter Bedeckung ab. Im gleichen Augenblick führte ein anwesender Priester Stöckerle gegen einen Notar Gardisten, der zu seiner persönlichen Verteidigung sein Gewehr absoß. Durch die Mönche ausgehört, nahm die Menge eine drohende Haltung gegen die Begleitmannschaft an. Sie griff den Kommissar bei seinem Wiedererscheinen an und mißhandelte ihn mit Stockschlägen. Das gleiche Schicksal erfuhr ein Notar Gardist, der einen Schläger drückte, und ein polnischer Emigrant, der den Kommissar unterstützte. Vor den Ausschreitungen der Menge und der Mönche wurde die Garde durch Soldaten gerettet, die ihr zu Hilfe eilten und die Menge zerstreuten.

Das Kloster wurde hierauf durch Soldaten endgültig besetzt.

Petersburg, 5. Februar. Auf das Dekret betreffend die Trennung von Staat und Kirche haben die kirchlich geknüpften Kreise ziemlich lebhaft reagiert. Der Patriarch von Moskau hat die Bolschewiki mit dem großen Kirchenbann belegt. Am letzten Sonntag fanden von allen Kirchen aus feierliche Prozessionen statt, die sich mit Fahnen und Ikonen schließlich alle vor dem Alexander-Newski-Kloster zu einem Massen-Sühne-Gottesdienst sammelten. Die Zahl der Teilnehmer wird an die 100 000 geschätzt. Die eindrucksvolle Protestkundgebung wurde von gegnerischer Seite nicht gestört.

Die Verhältnismahl in England.

Der Kompromißvorschlag des Oberhauses.

London, 7. Februar. (Unterhaus.) Eine interessante und aufregende Lage entstand bei dem Streit zwischen dem Unter- und dem Oberhaus, als es sich um Einführung der Verhältnismahl oder des Majoritätensystems handelte. Das Oberhaus hatte sich mit der Verwerfung des von ihm angebotenen Kompromisses betreffend die Verhältnismahl durch das Unterhaus abgefunden, jedoch einen Plan zu einem Versuch in 100 Wahlbezirken vorgelegt, der der Genehmigung des Parlaments unterbreitet werden sollte. Gleichzeitig hat das Oberhaus das Majoritätensystem wieder verworfen. Es entstand eine lebhaft Debatten, als das Oberhaus an das Unterhaus zurückkam. Asquith regte als erster ein Kompromiß an, daß das Unterhaus die Vorschläge des Oberhauses betreffend die Verhältnismahl annehmen solle, aber es solle gleichzeitig darauf bestehen, daß mit dem Majoritätensystem ein gleicher Versuch wie mit der Verhältnismahl gemacht werde. Schließlich wurde der Kompromißvorschlag des Oberhauses hinsichtlich der Verhältnismahl mit 24 gegen 114 Stimmen angenommen und über das Majoritätensystem zur Tagesordnung übergegangen. Darauf vertagte sich das Haus.

Die Regelungskommission wird die städtischen und ländlichen Wahlbezirke auswählen, wofür die Probe gemacht werden soll. Infolge dieses Kompromisses zwischen Ober- und Unterhaus ist der Entwurf zur Wahlrechtsreform Gesetzwort geworden.

Was die Verhältnismahl anbelangt, besteht also der ganze Ertrag des Wahls in nichts als der Gewissheit, daß diese wichtige demokratische Forderung noch keineswegs über alle Kämpfe hinweg

geschützt ist. Nur ein Versuch darf gemacht werden und damit ist die Möglichkeit vorbereitet, die Erneuerung wieder in den Staub zu jagen. Ein Anfang freilich ist gemacht: die ersten Steine zum Fundament werden gelegt werden.

Der Krieg auf den Meeren.

Berlin, 6. Februar. Im Kermellkanal fielen unseren raslos tätigen U-Booten fünf Dampfer, ein englischer Segler und ein englisches Fischerfahrzeug zum Opfer. Die Dampfer waren fast durchweg tief beladen; einer von ihnen wurde auf dem Wege nach Gherbourg aus starker Fischdampferfischerung herausgeschossen, er hatte offenbar Kriegsmaterial geladen.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Kleine Kriegsnachrichten.

Ein Manifest an die Hamster. Nach dem „Nieuwe Rotterdamse Courant“ hat Lord Rhondda ein Manifest erlassen, in dem er alle Personen, die Lebensmittel gehandelt haben, auffordert, ihre Vorräte freiwillig für die öffentliche Verteilung zur Verfügung zu stellen. Es wurde ein Termin von einer Woche festgesetzt und versprochen, daß diejenigen, die der Aufforderung freiwillig nachkommen, nicht bestraft werden und die Hälfte der beim Verkauf ihrer Lebensmittel erzielten Preise zurückerhalten werden. Mit solchen Sanftmütigkeiten wird der edle Lord gegen diese Sorte Selbstverleger nichts anrichten. Hamster wollen derb ausgehandelt sein.

„Allgemeines Handelsblatt“ meldet aus London vom 6.: Lord Rhondda hat die örtlichen Lebensmittelkommissionen ermächtigt, alle Lebensmittelvorräte der Kleinhandler mit Ausnahme der Gemüsmittel in ihren Disposition zu reorganisieren. Dies ist die strengste Maßregel, die bisher vom Lebensmittelkontrollrat angeordnet worden ist.

Die englischen Schlachtverluste. „Allgemeines Handelsblatt“ zufolge schreibt Lord Fraser in einem offenen Brief an den Staatssekretär für den Krieg, der in der „Daily Mail“ veröffentlicht wird, der britische Generalstab habe jetzt zugegeben, daß die britischen Verluste im vorigen Jahre allein 900 000 Mann betragen haben.

Die amerikanischen Vorkäufe an die Alliierten sind durch ein Darlehen von 155 Millionen an Frankreich auf 4 634 400 000 Dollar angewachsen.

Gausführung in der Petersburger dänischen Gesandtschaft. Gemäß den getroffenen Bestimmungen über die Nachforschungen nach hinterzogenen Lebensmitteln in den Wohnungen nahm in Petersburg eine Abteilung Soldaten in der dänischen Gesandtschaft trotz des Protestes des Gesandten eine Durchsuchung vor. Tschischtschewin brückte dem dänischen Gesandten das Bedauern des Kaisers der Volksbeauftragten aus.

Der Taurische Palast als Sitz der Sowjets. Die Petersburger Telegraphen-Agentur meldet: Der Rat der Volksbeauftragten hat den Taurischen Palast, den Sitz der früheren Reichsduma, mit seiner ganzen Einrichtung dem Geschäftsführenden Hauptauschuß der Sowjets von Russland unbedingt zur Verfügung gestellt.

Die türkischen Finanzen. Nach den Beschlüssen des Haushaltsausschusses betragen die Einnahmen 37 016 608 Pfund, die ordentlichen Ausgaben 51 402 327 Pfund, der Fehlbetrag 14 385 629 Pfund; im Regierungsbudget hatte letzterer 17 970 083 Pfund betragen. Der Unterschied von 3 Millionen rührt aus der Kriegsgewinnsteuer her.

Neutralität gegen die Einberufungen in Griechenland. Die jüngst veräuerten Einberufungen in Griechenland haben Unruhe zur Folge gehabt. „Temps“ meldet aus Athen: Benelios erklärte, die Neutralität in Kamia bewiesen, daß man einer Reaktion gegen die Mobilisierung gegenüberstehe, gegen die die Regierung Maßnahmen ergreifen müsse. Die Ereignisse in Lamia überzeugten die Regierung, daß eine radikale Wendung in der Haltung der Regierung gegenüber ihren Gegnern unbedingt notwendig sei.

„Leit“ Parisien ist die griechische Kammer, die am Mittwoch zusammentreten sollte, vertagt worden. Neben weiteren Verhandlungen von ehemaligen Ministern und Abgeordneten meldet die französische Presse, daß der Plotschmittant von Athen eine Anzahl höherer Offiziere und zahlreiche subalterne Offiziere verhaften ließ.

Die Ausschuffberatung der Herrenhausvorlage.

Nur keine Heberstürzung.

Der Verfassungsausschuß des Abgeordnetenhauses läßt sich Zeit. Nachdem er in langwierigen Beratungen endlich diejenigen Berufsgruppen festgelegt hat, die im neuen Herrenhaus vertreten sein sollen, kommt jetzt die schwere Frage, wie die Vorschlagskörper zu bilden sind. Bedenkt man, daß am Donnerstag nur ein Mehrheitsbeschuß über die Präsentationskörper für Handel und Industrie zustande gekommen ist, daß man über die Präsentationskörper für die Selbstverwaltung erst teilweise Beschlüsse gefaßt und andere wichtige Fragen wieder einem Unterausschuß überwiesen hat, und zieht man ferner in Betracht, daß für ein weiteres Duzend von Gruppen überhaupt erst noch Präsentationskörper geschaffen werden müssen, so kann man sich ungefähr vorstellen, wieviel Zeit noch vergehen wird, bis die Kommission die Herrenhausvorlage erledigt haben wird und endlich die Beratung der Wahlrechtsvorlage beginnen kann.

Aber nicht nur diese formelle Seite der Frage gibt zu gewichtigen Bedenken Anlaß, sondern in noch höherem Grade fordert die sachliche Seite zur Kritik heraus. Vor allem die Konservativen machen kein Hehl daraus, daß ihnen alles darauf ankommt, ein Parlament zu schaffen, das an reaktionärer Zusammensetzung keinesgleichen mag. Aus Furcht vor einer Verührung des Herrenhauses mit der Sozialdemokratie nimmt man den städtischen Körperlichkeiten von Berlin das Vorschlagsrecht und überträgt es entgegen der ursprünglichen Regierungsvorlage allein dem Magistrat. Am bedauerlichsten aber ist es, daß auch die Regierung kein beibehalten wird ihr eigenes Kind nicht mehr wiedererkennen, sich aber trotzdem den konservativen Wünschen fügen. Kennzeichnend für das, was sich die Herren von der Rechten unter Selbstverwaltung vorstellen, ist ihr allerdings mißgünstiger Versuch, das Vorschlagsrecht für die Vertreter der kleinen Städte dem Provinzialausschuß und nicht dem Provinziallandtag einzuräumen, ein Manöver, das selbst die Freikonservativen und Nationalliberalen mitzumachen sich weigerten. Es ist etwas Herrliches, was dort im Dunkelzimmer der Kommission zusammengebracht wird.

In der Donnerstagssitzung wurde über die Bildung der Präsentationskörper

beraten. Es wurden Bestimmungen angenommen, wonach bestimmte Präsentationskörper für die Vertreter der bormaligen reichständischen Häuser, der Fürsten, Grafen, Herren und Geschlechter von ausgedehntem Grund-

festig gebildet werden. Weiter führt die Regierungsvorlage vor, daß die in das Herrenhaus zu berufenden Vertreter großer Unternehmungen der Industrie und des Handels von besonderen Präsentationskörpern vorgeschlagen werden sollen, deren Vertreter den Interessenvereinigungen dieser Wirtschaftsklassen angehören. Ein Ministerialdirektor des Handelsministeriums führt aus, daß die Industrie am stärksten berücksichtigt werden soll. Die großen Verbände sollten nicht direkt ein Präsentationsrecht erhalten, sondern der Wahlmänner für die Präsentationskörper wählen. Minister des Innern Dr. Drews erwiderte auf eine Anfrage, daß man wohl durch ein Gesetz vielleicht die Zahl der den einzelnen Gruppen zugehörigen Vertreter bestimmen könne, daß aber im übrigen der Weg der königlichen Verordnung unbeschränkt bleiben müsse. Ein freikonservativer Redner zweifelt, ob der aus den drei großen Verbänden der Industrie gebildete „Industrierrat“ wirklich die gesamte Industrie vertritt.

Handelsminister Dr. Sudow: Die Industrie müsse mehr Vertreter bekommen, als Banken und Großhandel zusammen. Die Regierung wünsche, daß die wichtigen Fachverbände in einer ihrer Bedeutung entsprechenden Weise hinzugezogen werden; vielleicht wird sich dabei auch eine Minderheitsvertretung schaffen lassen. Der Handelsminister erklärt, daß er sich zur umstrittenen Vertretungsfrage noch nicht äußern könne. Ein konservativer Antrag will die ganze Frage einem Unterausschuß überweisen, was aber abgelehnt wird. Die Bestimmungen der Regierungsvorlage über die Bildung von Präsentationskörpern für Handel und Industrie werden angenommen.

Darauf erfolgt die Erörterung der Wahl der Präsentationskörper für die städtische Selbstverwaltung. Die ursprüngliche Regierungsvorlage sah vor, daß 30 Bürgermeister größerer Städte und 3 Vertreter von Berlin präsentiert werden. Die Präsentation der 30 Bürgermeister größerer Städte sollte erfolgen durch einen Präsentationskörper, der aus den präsentationsberechtigten Bürgermeistern der Städte besteht. Die Präsentation der drei Berliner Vertreter soll in gemeinschaftlicher Sitzung von Magistrat und Stadtverordneten erfolgen.

Es entspinnt sich eine längere Debatte, an der die Vertreter fast sämtlicher Parteien teilnehmen. So verlangt der Sozialdemokrat, daß die Präsentation gemeinsam von Magistrat und Stadtverordneten zu erfolgen habe, dem ein Fortschrittler und ein Zentrumredner zustimmen. Rumpke beantragt die Freikonservativen, die ganze Frage einem Unterausschuß zur Aufklärung zu überweisen, doch wird die Debatte hierüber ausgesetzt, nachdem alle Parteien mit Ausnahme der Konservativen diesen Antrag befürwortet hatten.

Es liegt ein fortschrittlicher Antrag vor, wonach die Vertreter der Stadt Berlin

von den städtischen Ämtern gewählt werden sollen. Dagegen wendet sich ein Konservativer mit der Befürchtung, daß bei dem häufigen Gemeinbewahrecht die Vertretung der Sozialdemokraten in der Stadtverordnetenversammlung so stark sein würde, daß die zwei Vertreter im Herrenhaus nur Sozialdemokraten sein könnten. Er möchte darum das Präsentationsrecht nur dem Magistrat zugestanden wissen. Dazu meint ein Regierungsvorleser, daß zwar die Regierungsvorlage an den Magistrat und die Stadtverordnetenversammlung gedacht sei, daß aber die alleinige Bezeichnung des Magistrats durchaus diskussionsfähig sei. Der nationalliberale Antrag wird von der konservativen Mehrheit abgelehnt. Dagegen wird der konservativere Antrag angenommen, nach dem die Berliner Vertreter im Herrenhaus durch den Magistrat gewählt werden sollen.

Es folgt die Frage der Präsentationskörper für Städte unter 50000 und Landgemeinden über 10000 Einwohner. Die Anträge zu dieser Frage werden nach kurzer Debatte einem Unterausschuß überwiesen.

Es folgt die Frage der Vertretung der Provinzen. Ein konservativer Antrag will die Vertreter durch den Provinzialausschuß gewählt wissen. Hierzu beantragt das Zentrum, daß statt des Provinzialausschusses der Provinziallandtag die Präsentation vornehmen soll. Auch ein Fortschrittler macht gegen den Provinzialausschuß Bedenken geltend. Eine so wichtige Frage wie die der Vertretung im Herrenhaus läßt man nicht einem Ausschusse überweisen. Ein konservativer legte im Namen seiner Freunde großes Gewicht darauf, daß die Präsentation durch den Provinzialausschuß erfolge. Das Zentrum stellte sich auf den Standpunkt des Fortschrittlers; der konservativere Antrag bedeute eine Rückwärtsbewegung der Bestimmungen über die Selbstverwaltung. Gegen die Stimmen der Konservativen wurde beschloffen, das Vorschlagsrecht dem Provinziallandtag zu überweisen.

Es folgt die Vertretung der ländlichen Selbstverwaltung. Zu dieser Frage erklärt Minister des Innern Dr. Drews: Nach der Regierungsvorlage sollten die Vertreter der ländlichen Selbstverwaltung von den Provinziallandtagen gewählt werden. Diesen Weg hat man nicht beibehalten. Man möge nun wenigstens denjenigen Stellen, die die ländlichen Mitglieder in den Provinziallandtag gewählt haben, die Wahlmänner wählen lassen.

Auch diese Frage wird dem Unterausschuß überwiesen und die Weiterberatung auf Montag vertagt.

Mecklenburgische Sprache.

Die streikenden Arbeiter in Mecklenburg hatten beim Großherzoglichen Ministerium in Schwerin den Versuch gemacht, den dienstlich vereinigten Vorstand des Ministeriums zu sprechen. Nach seiner Rückkehr hat der Vorstand des Ministeriums des Innern drei Vertreter der Streikenden empfangen und ihnen, wie die „Streuzeitung“ berichtet, u. a. folgendes mitgeteilt:

„Er könne sie nicht als berufene Vertreter der Arbeiterschaft ansehen; wenn er sie empfangen, so geschähe dies lediglich aus dem Grunde, weil ihm daran liege, den Standpunkt der Regierung zur Streikbewegung zur Kenntnis der Arbeiter zu bringen. Die Regierung verurteile den Versuch der Streikenden, durch Anfechtung und MassenDemonstrationen Zugeständnisse politischer und wirtschaftlicher Art von der Regierung zu erpressen, auf das Schärfste, zumal in gegenwärtiger Zeit, wo das Vaterland von Feinden ringsum bedroht, nach fast vierjährigem Kriege im Vertrauen die Früchte dieses mit beispielloser Tapferkeit und unergleichlichem Opfermut geführten Kampfes zu ernten. Die Verantwortung für die durch solche inneren Unruhen unsehbar verlängerte Dauer des Krieges falle auf die Streikenden und ihre Hintermänner zurück. Im Interesse unserer Kämpfer an der Front müsse die Arbeit in der Heimat unter allen Umständen aufrecht erhalten und jeder Störung derselben mit allen Mitteln entgegengetreten werden. Die gegenwärtige Versorgung mit Lebensmitteln entspreche der wirtschaftlichen Lage, die Verteilung sei gerecht, eine anderweitige Regelung sei bei der herrschenden Knappheit aller Gegenstände des täglichen Bedarfs ausgeschlossen.“

Darüber, ob auch eine andere Verteilung der politischen Rechte in Mecklenburg ausgeschlossen sei, hat sich der Minister nicht geäußert. Es wäre interessant gewesen, auch hierüber seine Ansicht zu erfahren.

Wie man in Bayern denkt.

Unter der Überschrift „Ich will Frieden haben mit meinem Volke“ schreiben die „Münchener Neuesten Nachrichten“, das führende nationalliberale Organ Bayerns u. a. folgendes:

„Die glücklich beigelegte Streikbewegung, die hinter uns liegt, hat die Eigenart unserer einheimischen Regierungsmethoden wieder deutlich werden lassen. Wir wissen, daß sie weiter nordwärts, wo eine schärfere Konfliktlösung weht, arg kritisiert werden. Aber es sind nun einmal die unsrigen und sie haben sich bewährt in ihrer Vereinigung von Festigkeit mit fluger Nachgiebigkeit und süddeutscher Art des Lebens und Lebenslassens. Wenn man in einem großen Nachbarhaus es unterläßt, einen schwelenden Brand rechtzeitig zu löschen, um vielleicht eine neu angelegte Feuerprobe, von der man sich Wunderdinge verspricht, auszuheben, so kann das für das angebaute Haus kein Grund sein, etwa überspringende Funken nach den gleichen Methoden zu behandeln. Es darf nicht zum Großbrand kommen, bei dem erfahrungsgemäß der Wasserkrand oft um ein Vielfaches größer ist, als die unmittelbaren Verletzungen des Feuers.“

Es ist sehr bezeichnend, daß die „Deutsche Tageszeitung“, die sonst immer den Standpunkt vertritt, die bundesstaatliche Verfassung entspreche der Eigenart der deutschen Stämme, in der aufgeregtesten Weise über die „Münchener Neuesten Nachrichten“ herfällt mit dem Vorwurf, sie trieben „Partikularismus im üblen Sinne“. Die süddeutsche Eigenart verdient in den Augen unserer Konservativen eben nur solange Beachtung und Entgegenkommen, wie sie ihrer reaktionären Politik in den Kram paßt.

Mutige Angreifer.

Die Anexionistenpresse benutzte die Beurteilung Dittmanns, um dem jetzt wehrlosen Gegner allerhand Gemeinheiten nachzusetzen. So wird z. B. die reichsverbändlerische Abergkeit erzählt, er sei aus einer großen Wählerversammlung in einem Textilindustriort mit seinen Begleitern bis nach Varmen vierter Klasse gefahren, dann aber in die erste Klasse hinübergewechselt, als die ihn begleitenden Proletarier verschwanden und die Luft rein geworden war. Danach hat es sich offenbar um einen ganz gewöhnlichen Vorgang gehandelt, der sich bei jedem Reichstagsabgeordneten wohl schon ein dutzendmal ereignet hat. Er ist bekanntlich zuliebe in einer niederen Klasse gefahren und hat erst, als die ihn vertreiben, von seiner Freiabfertigung für die erste Klasse als Abgeordneter Gebrauch gemacht. Nichts natürlicher und einwandfreier als dies!

Konstruierte Zusammenhänge.

Die „Deutsche Tageszeitung“ hat mit bekannter detektivistischer Fingigkeit endlich das Dokument aus Tageslicht gezogen, das die Vorbereitung der Streikbewegung durch die sozialdemokratische Partei beweist. Es ist das bekannte Parteiflugblatt „Für das gleiche Wahlrecht“, das am 12. Dezember 1917 zur Ausgabe gelangte. In diesem Flugblatt wird gesagt, daß die Massen überall in Preußen zu mächtvollen Kundgebungen zusammenströmen müssen, es sei notwendig, daß das preussische Volk selbst auf die Bühne tritt. Mit ihrem unübertrefflichen Scharfsinn sieht die „Deutsche Tageszeitung“ in diesen Wendungen die geheime Aufforderung zum Massenstreik. Aber wie wird und? Haben nicht ähnliche Aufforderungen, in Massen zusammenzufließen und mächtvolle Kundgebungen abzuhalten, haben nicht Mahnrufe an das Volk, selbst auf der Bühne zu erscheinen, buchstäblich in den Flugblättern der Deutschen Vaterlandspartei gestanden? Danach hat wohl auch die Vaterlandspartei den Streik vorbereiten helfen!

Bundesratsarbeit. In der Donnerstagssitzung fanden die Abstimmung des Bundesrats: 1. die Entwürfe des Reichshaushalts und des Haushalts der Schwabgebiete für das Rechnungsjahr 1918; 2. der Entwurf einer Verordnung über die Vornahme einer Vierzählung am 1. März 1918; 3. der Entwurf einer Verordnung über verstärkte Heerangehöriger Betriebe und über Beitragsvorschuße zur Unfallversicherung; 4. der Entwurf einer Verordnung betreffend das Schiedsgericht für Binnen-schifffahrt; 5. der Entwurf von Bestimmungen über den Reichsausschuß für den Wiederaufbau der Handelsflotte; 6. der Entwurf eines Gesetzes, betreffend Änderung des Postgesetzbuches vom 20. März 1917; 7. der Entwurf eines Gesetzes betr. Änderung des Kriegssteuergesetzes.

Verbundene Listen statt Stichwahl. Zur Reichstagswahlreform bringt das neueste Heft der Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft einen bemerkenswerten Vorschlag. Er geht auf einen Erlass der Stichwahl. Wie bei der Verhältniswahl wären vor dem Wahltermin Wahlvorschläge eingzureichen. Dabei können von den Vertretern mächtigender Parteien die Vorschläge für verbunden erklärt werden. Erreicht dann keine der Parteien durch ihre eigenen Stimmen die absolute Majorität, so treten die verbundenen Listen mit der Summe ihrer vereinigten Stimmen in Wettbewerb gegenüber den anderen Parteien. So wird in einem Wahlgang das Beste erreicht wie heute in den beiden. Erst recht erscheint diese Veränderung am Platz, wenn in den neu zu bildenden großen Wahlkreisen mit mehreren Abgeordneten für Städte und Industriegebiete die Verhältniswahl eingeführt wird. Die Wahl in den neuen und den alten Wahlkreisen gewänne so eine einheitliche Gestalt.

Parteinachrichten.

Sie können nicht anders!

In unserem gestrigen Leitartikel haben wir auf das unwürdige Verhalten der „unabhängigen“ Wortführer hingewiesen, die nach den letzten Ereignissen nichts Besseres zu tun wußten, als sofort wieder mit den alten, kläglich schimpfhaften über die „Abhängigen“, die „Regierungssozialisten“ herzufallen. Wir glauben, wenn je eine Zeit geeignet war, diesen alten Verleumdungen den Hals umzudrehen und je eine Zeit die Notwendigkeit der organisierten Einigkeit erwiesen hat, so war es die allerletzte. Aber die Herrschaften wollten nichts lernen. Blind gegen die Tatsachen wirken sie weiter für Verhöhnung, Verwirrung und Auflösung.

Auch die neueste Nummer des unabhängigen „Zeitungsdienstes“ wimmelt von Angriffen auf die „Schiedsmänner“, die „abhängigen Sozialdemokraten“, und besonders wird der Genosse Hoch-Honau, der wahrlich auch ein ganz besonders hinführender „Regierungssozialist“ ist, aufs Korn genommen. Schnell treibt es die „Reisiger Volkszeitung“. Da das Verhalten unserer Partei zu solchen Butausdrücken gegen sie doch wirklich keinen Anlaß bot, muß man annehmen, daß die Herren irgendein großes Manöver gegen uns vorhaben, das ihnen mißglückt und daß die laute Schimpfkanonade einen Rückzug maskieren soll.

Die Arbeiterbewegung, namentlich die Bekämpfer, drohte, sich in einen gärenden Brei zu verwandeln, wenn nicht die Gewerkschaften und die Organisationen der sozialdemokratischen Partei einen feinen Rückhalt böten. Jetzt heißt es: Hinein in die sozialdemokratische Partei, hinein in die Gewerkschaften und die Luertreiber links liegen lassen!

Spartakusleute, Magistratsämter und Kriegswirtschaft.

In der Bremer „Arbeiterpolitik“ gibt ein Artikel „Die Tragödie der russischen Revolution“ dem Parteiliche Gelegenheit, gegen die Denunziation einiger Personen, denen der Verfasser offenbar

nahesteht, und die sich „mit aller Kraft ihrer Augenbleibenschaft für ihre Sache einsetzen“, als Spiegel lebhaften Einspruchs zu erheben. Und da der Verfasser offenbar glaubt, daß der Dieb die beste Parade sei, geht er zum Angriff gegen seine Gegner vor, denen er vorwirft, im Dienst des Kapitalismus und sogar der Kriegswirtschaft zu stehen:

„Und wo ist die selbständige Politik der früheren Gruppe „Internationale“? Franz Mehring selbst hat in einem Artikel der „Leipziger Volkszeitung“ die Selbständigkeit der Gruppe als nicht mehr bestehend bezeichnet. Deutlicher aber als alle Worte redet ihre politische Haltung. Der Stolz, den die Kraftzentrale der Unabhängigen hinhalten wollte, ist zum Krücheltum geworden, an dem sie sich mühselig durch die Zeit schleppt. Wo aber sind die Führer, die den Pakt mit den Unabhängigen schlossen? Haben sie etwa die Strapazen des Kampflebens auf sich genommen? Oder sitzen sie nicht lieber in Magistratsämtern oder auf den Bureaubänken der Kriegswirtschaft?“

Die Drohung, die in diesen rhetorischen Fragen liegt, ist ganz unmißverständlich. Entweder es werden gewisse, dem Verfasser nahestehende Personen hoch in Ehren gehalten und mit dem Vorwurf des Spießbüßens verhöhnt, oder es wird den Lüftermäulern mit dem Hinweis gedroht, daß sie es sich selbst in Magistratsämtern oder auf den Bureaubänken der Kriegswirtschaft wohl eingegeben liegen oder gar Vetterwirtschaft trieben.

Ein Redakteur der „Vergischen Arbeiterstimme“ verhaftet.

Verhaftet wurde in der Nacht zum 2. Februar der politische Redakteur der „Vergischen Arbeiterstimme“, Hermann Merkel in Solingen, der der Unabhängigen Partei angehört. Er wurde am nächsten Tage dem Gerichtsgefängnis zugeführt. Nach einer gründlichen Durchsuchung seiner Wohnung wurde sein Wohnzimmer verriegelt. Der Verhaftete wird der Vorbereitung von Flugblättern beschuldigt. Bei dieser Arbeit wurde Merkel und ein ihn begleitender Unabhängiger von der Polizei überrascht.

Letzte Nachrichten.

Demission der österreichischen Regierung.

Wien, 7. Februar. (Meldung des Wiener R. A. Telegr.-Korrespondenzbureaus.) Das Abgeordnetenhaus lehnte die Generaldebatte über den Staatshaushalt fort. Im Sitzungsschluß erklärte Präsident Dr. Groh, er habe jedoch vom Ministerpräsidenten Dr. von Seidler die Mitteilung erhalten, daß die Regierung dem Kaiser ihre Demission überreicht habe. Daher bleibe nach konstitutionellem Brauche nichts anderes übrig, als vorläufig die Sitzungen des Hauses zu vertagen. Die nächste Sitzung werde auf schriftlichem Wege bekanntgegeben werden.

In parlamentarischen Kreisen verlautet, die Demission der Regierung sei auf einen Beschluß des Volksklubs zurückzuführen, der sich sowohl gegen den Eintritt in die Spezialdebatte wie gegen ein zweimonatiges Budgetprovisorium aussprach, wodurch die Majorität für das Budget in Frage gestellt worden sei.

Die englische Thronrede.

London, 7. Februar. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Der König richtete gestern abend folgende Thronrede an das Parlament: Seit meiner letzten Ansprache an Sie haben sich große Ereignisse zgetragen. Wenige Wochen später beschloffen die Vereinigten Staaten von Amerika sich an unsere und unserer Alliierten Seite zur Verteidigung der Grundsätze von Freiheit und Gerechtigkeit zu stellen. Ihr Eintritt in den Krieg, dem derjenige anderer neutraler Staaten folgte, vereinigte praktisch die ganze zivilisierte Welt in einer Kampflinie gegen den gemeinlichen Angreifer. Das hat die Kraft unserer Waffen verstärkt und gibt frisches Vertrauen auf den endlichen Triumph unserer Sache.

Andererseits wird Rußland durch inneren Streit zerfleischt. Es konnte nicht im Kampfe durchhalten, bis es die Früchte seines großen Opfers ernten konnte. Gegenwärtig hat es aufgehört, seinen Anteil an der Aufgabe der Alliierten zu tragen.

Die von seinem Feind eröffneten Verhandlungen haben uns bewiesen, daß der Ehrgeiz, der diesen unglücklichen Krieg hervorgerufen hat, noch immer am Werke ist. Diese tragischen Ereignisse haben die Last der anderen Alliierten vergrößert. Sie haben aber nicht die Kraft und Logikität geschwächt, mit der die Alliierten weiter das gemeinsame Ziel verfolgen. Mitten in der Verwirrung wechselnder Ereignisse besteht der Entschluß der Demokratien der Welt, einen gerechten und dauerhaften Frieden zu sichern, klarer denn je.

Auf allen Kriegsschauplätzen

haben meine Streitkräfte zur See und auf dem Lande eine Entschlossenheit gezeigt, die ihnen die Bewunderung meines Volkes eingetragen haben. In Frankreich wurde der Feind wiederholt mit Erfolg zurückgeschlagen und ich sehe der weiteren Entwicklung des Kampfes mit Zuversicht entgegen. In Palästina und Mesopotamien wurden die heiligsten und berühmtesten Städte des Orients den Türken entzogen, während der Feind in Afrika den letzten Rest seiner kolonialen Besitzungen verlor. Auf allen diesen Gebieten haben die Streitkräfte meiner Dominions und des indischen Reiches ihren vollen Anteil an den Wäben und dem Ruhm gehabt.

Während dieses Jahres wurden zum ersten Male die Vertreter

und des indischen Kaiserreiches zu den Sitzungen eines kaiserlichen Kriegskabinetts aufgefordert. Seine Beratungen waren von großer Wichtigkeit für die Weiterführung des Krieges und für die Verwirklichung der Einheit des Reiches.

Meine Herren vom Hause der Gemeinen, ich danke Ihnen für die Bereitwilligkeit, mit der Sie für die Bedienung der schweren Kriegsausgaben Sorge getragen haben. Meine Lords und meine Herren, es hat mich gefreut, meine Zustimmung zu Ihren Vorschlägen für eine

bessere Vertretung des Volkes

geben zu können. Ich vertraue, daß diese Maßnahme einer großen Zahl meiner Untertanen im vereinigten Königreiche eine wirksame Stimme in der Regierung des Landes sichern und es ermöglichen wird, daß die nationale Einheit, die ein so bemerkenswertes Zeichen im Kriege gewesen ist, auch bei dem nicht weniger schwierigen Werke des Wiederaufbaues in den Zeiten des Friedens andauert. Die Lösung dieser schwierigen Frage durch ein Abkommen läßt mich noch hoffen, daß trotz aller Verwickeltheit des Problems eine Lösung hinsichtlich der Regierung Irlands möglich ist, über die ein Konvent von Vertretern meines irischen Volkes gegenwärtig berät.

Die erfolgreiche Fortsetzung des Krieges ist noch unser erstes Ziel und Bemühen. Ich habe voll Stolz und dankbaren Vergens die unveränderte Begeisterung beobachtet, mit der alle Teile meines Volkes jeder zu diesem Zweck an sie herangezogenen Anstrengungen entsprochen haben und den letzten Prüfungen ins Auge blicken, die noch nötig sein werden, um unsere Anstrengungen fruchtbringend zu gestalten. Ich sehe zum allmächtigen Gott, daß er uns seinen Segen geben möge.

Der Landaufenthalt unserer Stadtkinder.

Von Stadtrat Meyers-Charlottenburg.

Als im Anfang vorigen Jahres durch das Inleben-treten des über ganz Deutschland zentralisierten Vereins „Landaufenthalt für Stadtkinder“ eine größere Einheitlichkeit bei der Verpflegung der Kinder auf Land garantiert war, glaubte trotzdem keiner der näher Beteiligten, daß die Bestrebungen, die Stadtkinder einige Monate in guter Luft und bei besserer Verpflegung auf dem Lande unterzubringen, sich großen Umfang annehmen würden. War es doch durch Vermittlung des Vereins möglich, im ganzen Deutschen Reich rund 800 000 Kinder auf Land zu befördern, von welchen allein auf Groß-Berlin etwa 100 000 entfielen.

Im kommenden Sommerhalbjahr soll, soweit die Landkreise zur Aufnahme der Kinder bereit sind, eine Wiederholung des Landaufenthalts stattfinden. Deshalb erscheint es angebracht, die Erfahrungen, die bei der erstmaligen Massenverfendung gemacht worden sind, zu schildern, um sie der Allgemeinheit zugänglich zu machen und dabei den Eltern einige Ratsschläge für die neue Verpflegung zu geben.

Die Gemeindebehörden Groß-Berlins hatten mit einer einzigen Ausnahme größere Summen zur Verfügung gestellt, um daraus die Unkosten, wie Fahrgehalte usw. zu decken, und da die für unsere Verpflegung hauptsächlich in Betracht kommende Provinz Ostpreußen beinahe 70 000 Pflegestellen gratis zur Verfügung gestellt hatte, war die Kostenfrage bald geregelt. Die Kinder wurden von den Schulen ausgesondert, sich zu melden und nach einer Untersuchung durch den Schularzt konnte die Zusammenstellung der Transporte erfolgen. Es hat sich nachträglich herausgestellt, daß von den bei der Untersuchung anwesenden Müttern manches Leiden der Kinder, welches dieselben für die Transporte völlig ungeeignet machte, verschwiegen wurde. Es waren eine große Anzahl Bettläger sowie ein kleinerer Teil mit sonstigen Leiden und vielen Angewohnheiten, die der Arzt bei der kurzen Untersuchung nicht feststellen konnte, unter den Gasländern vorhanden. Die Hinfahrt geschah in Sonderzügen, welche zum Teil die Nacht hindurch fuhren, um am frühen Morgen am Bestimmungsort zu landen. Ein großer Teil der Sonderzüge war von der Eisenbahndirektion dankenswerterweise aus D-Wagen zusammengestellt worden, wodurch für den Transportleiter und die Zugbegleiter, welche sich in der Hauptsache aus Lehrpersonen zusammensetzten, die Überfahrt über die Kinder bedeutend erleichtert wurde. Unfälle kamen deshalb unterwegs sehr wenige vor. In irgend einer größeren Zwischenstation wurde eine warme Suppe an die Kinder verabreicht.

Die Transporte waren schon in der Heimatsstadt nach Orten zusammengestellt. In wenigen Minuten standen die Kinder auf den Bahnsteigen, da der Zug ja noch weiter fahren mußte, um auch in den übrigen Orten „abzuladen“. Jetzt kamen auch die ersten größeren Beschwerden; die Kinder hatten zum großen Teil viel zu große Koffer und Kisten von „Kultern“ mitgenommen, und wenn es nun galt, von einem Zuge zum andern umzusteigen, dann war es sehr schwer, die großen Pakete der Kinder zu transportieren. Deshalb sollte kein Kind mehr mitnehmen, als es selbst tragen kann. Das übrige muß später nachgeschickt werden. — In den Empfangsorten selbst gab es für die Begleitpersonen noch viel Arbeit. Auffälligerweise hatte Ostpreußen sehr viel Mädchen und weniger Knaben verlangt, und so manche Pflegerinnen, die sich ein Mädchen gewünscht und in bezug auf Unterbringung und Wirtschaft auch ihre guten Gründe dazu hatte, weigerte sich, einen „Berliner Jungen“ aufzunehmen. Nach einigen aufregenden Szenen wurde die Angelegenheit meist beigelegt oder ein Austausch vorgenommen, der beide Teile befriedigte. Für dieses Jahr hat sich in Ostpreußen eine größere Vorliebe für Knaben herausgebildet. Die Mädchen bereiten doch infolge des stärkeren Verbrauchs an Wäsche und der Pflege des Haars usw. der Landfrau eine größere Nebenarbeit als der Knabe, und die Erfahrungen haben gelehrt, daß unsere Großstadt-Jungen sich bei den Hilfsleistungen auf dem Lande zum großen Teil recht anständig gezeigt haben. Die Unterbringung der Kinder war im allgemeinen gut zu nennen. Delle Meiber und Knaben sowie welche Mädchenwünsche sind diesmal zu Hause zu lassen. Wenn auch eine Auswahl an Kleidungsstücken infolge der Knappheit derselben nicht mehr vorgenommen werden kann, so ist es doch besser, ein dunkles schon gezeichnetes Kleid, als wie im Vorjahre den „weißen Plüsch“ mitzugeben, denn auf dem Lande sind die Waschmittel ebenso knapp wie hier.

Der Aufenthalt auf dem Lande ist den Kindern recht gut bekommen; Gewichtszunahmen hatten alle Kinder zu verzeichnen, vereinzelt bis zu 28 Pfund. Aber auch das sonstige Wohlbefinden der Kinder war ein gutes zu nennen. Das Verhältnis zwischen den Kindern und den Pflegeeltern war größtenteils ein sehr herzliches und wurden beim Abschied auf beiden Seiten reichlich Tränen vergossen. Leider muß gesagt werden, daß die Großstadtkinder während des Aufenthalts ihrer Kinder auf dem Lande sehr wenig Achtung mit den Pflegeeltern suchten, wenn auch dringend der Wunsch ausgesprochen werden muß, daß von Seiten der Kinder abgesehen ist. Dagegen bildete sich nach Milder der Kinder zwischen den beiderseitigen Familien bald ein recht reger schriftlicher Verkehr heraus, der sich auch von Ostpreußen aus in etwas „fettiger Form“ bald lohnte.

In dem Ministerialerlass vom 31. Dezember 1917 sind diesmal auch die Kinder des Mittelstandes für die Verpflegung auf Land empfohlen worden. In Charlottenburg hatten wir schon im letzten Jahre etwa 400 Kinder höherer Verpfaltungen unter den 8000 insgesamt auf Land verschickt. Es läßt sich gas nicht bestreiten, daß ein Teil des sogenannten Mittelstandes unter den Kriegsfolgen ebenfalls sehr zu leiden hat und es ist deshalb berechtigt, in vereinzelt Fällen auch für die Kinder des Mittelstandes zu sorgen. Einige die Kinder höherer Verpfaltungen in diesem Jahre stärker berücksichtigen zu können, als im Vorjahr, ist schon aus dem Grunde nicht möglich, weil das Land, nach einem Bericht einer mit den Verhältnissen in Ostpreußen sehr vertrauten leitenden Persönlichkeit, keine guten Erfahrungen gemacht habe mit den Kindern aus sogenannten „besseren Familien“, die aber alles wegwerfend urteilten, mit „solchen Leuten“ nicht sprechen konnten und „große Ansprüche machten“, welche erzählt, daß Mutti nach Heringsdorf fahre und sie dann abhole, dort sei es schöner wie hier“. Allerdings treffen diese Fälle nicht ausnahmslos die Schaler und Schalerinnen höherer Verpfaltungen; vergärrte Mütterchen aus den Gemeindefamilien stellen ebenfalls sehr oft Ansprüche, die nicht erfüllt werden konnten. Es ist auch nicht richtig, wenn die Eltern, sobald ein Kind beim ersten Heimweh Klagegedröse schreibt, das Kind sofort zurückholen. Diejenigen Eltern, die ihren Kindern im Briefe gut zuredeten, erreichten zum Teil, daß die Kinder sich bald eingewöhnten.

Von den 8000 Charlottenburger Kindern wurden etwa 800 teils wegen Heimweh oder Krankheit, teils wegen zu schlechten Betragens vorzeitig nach Haus geschickt, während auf der anderen Seite noch etwa 400 Kinder auch im Winterhalbjahr auf dem Lande verblieben sind.

Die Einwirkung der Kinder auf dem Lande ging unter Zustimmung einer Anzahl großstädtischer Lehrer und Lehrerinnen halbwegs glatt von statten. Die Unterbringung der Kinder einzeln oder in kleinen Gruppen (Geschwister) in Familien hat sich weit besser bewährt, als in größeren Gruppen auf den Gütern, wenn auch nicht unterlassen werden darf zu betonen, daß sich verschiedene Güter recht große Nähe um die Unterbringung und Pflege der Kinder gegeben haben. Die beste Unterbringung der Kinder geschah in Zukunft auf den Bauernhöfen. Dort gehört das Kind zur Familie, es greift aus eigenem Antriebe bei der Kleinarbeit, die ja auf dem Lande nicht aufhört, mit zu und macht sich auf diese Weise nützlich. Mit Stolz erzählten auf der Rückfahrt die Jungen, wie ihnen der Landmann das Fuhrwerk ganz allein anvertraut habe, mit welchem sie vom Felde Futter usw. nach dem Bauernhof fahren mußten. Weniger geeignet ist die Aufnahme bei Insitenten, die den Tag über auf dem Gute tätig und too sich die Kinder zu viel selbst überlassen sind.

Für diesen Sommer ist bei der Unterbringung der Kinder auch noch in Betracht zu ziehen, daß es nicht mehr möglich sein wird, sämtliche Kinder in Freistellen unterzubringen. Die Eltern werden eine kleine Entschädigung an die Pflegeeltern zahlen müssen, welche letztere bei den Kriegsertrauen event. von der Gemeinde übernommen werden muß. Natürlich muß die Sammlung der Beiträge von der Verpflegungstelle erfolgen und an den Aufnahmestellen gezahlt werden, welcher dann für die Verteilung zu sorgen hat. Dabei muß aber den Eltern klar sein, daß der geringe Verpflegungssatz nicht Veranlassung geben darf zu irgendwelchen übermäßigen Ansprüchen seitens der Kinder. Die Kinder sollten überhaupt darauf aufmerksam gemacht werden, daß die Pflegeeltern ein gutes Recht haben, von ihnen keine Handreichungen zu verlangen; sie bekommen ja sonst vor Langerweile auf dem Lande und neigen zu dummen Streichen. Daß man von den Kindern nichts Übermäßiges verlangt hat, ging daraus zur Genüge hervor, daß in Charlottenburg nicht eine Beschwerde über Unterbringung der Kinder eingegangen ist.

Gedenfalls haben sich nach unseren Erfahrungen sowohl die Landbevölkerung selbst als auch die Kreis- und Ortskomitees die größte Mühe gegeben, den Landaufenthalt den Großstadtkindern so angenehm wie möglich zu machen, und das sollte von den Großstädtern mit Dank anerkannt werden.

Groß-Berlin

Sitzung des Verbandsauschusses Groß-Berlin. Der Vorsitzende des Verbandsauschusses des Verbandes Groß-Berlin Oberbürgermeister Wermuth hat die Mitglieder des Verbandsauschusses zu einer Sitzung am 18. Februar nach dem Berliner Rathaus eingeladen. Auf der Tagesordnung stehen u. a. der Antrag der Stadt Berlin auf Fortführung der Nord-Süd-Bahn bis zum Hermannplatz, ferner die Beratung des Haushaltsplanes für das Rechnungsjahr 1918 und die für das neue Rechnungsjahr festzusetzende Umlage; auch der Wohnungsplan für das koloniale Festgelände westlich der Kronprinzengasse in Berlin-Dahlem soll beraten werden.

Werte aus Wertlosem.

Zeitgemäß ist eine eigenartige Ausstellung, die lehren will, wie aus scheinbar Wertlosem sich noch recht ansehnliche Werte schaffen lassen. Sie bietet hauptsächlich Gegenstände des Bekleidungsgebietes, namentlich Frauenkleidung, die von Frau Agathe Saador-Krüger aus allen Stoffen, aus Resten, Filzen und Abfällen angefertigt wurde. Die kleine Ausstellung ist im Warenhaus Tiep an der Leipziger Straße untergebracht und kann noch am heutigen Freitag unentgeltlich besichtigt werden. Viele der Besucherinnen äußerten laut ihre Verwunderung und Heberausung beim Anblick der gar nicht seltenen Erzeugnisse, die aus aufgegebenen, abgeschabten und zerrissenen Sachen, sozusagen aus dem Nichts, gewonnen waren. Wie haben da zum Beispiel Kinderkleidung, zusammengeknäut aus Teilen durchbrochener Damenhandschuhe, eine Damenbluse, für die ein alter Sommerhut seinen Bezug hergegeben hatte, und Sehnisches mehr. Ausgestellt war auch ein Gemäsebüchlein, der aus den Ratten einer Tierliste und aus darüber gespannten Nesten einer alten Gardine bestand. Daß man aus sonst achtlos beiseite geworfenen Mündern noch solche sehr brauchbaren Dinge herstellen kann, das ist für manche der die Ausstellung besichtigenden Damen geradezu eine Offenbarung zu sein. Andere Besucherinnen aber standen dabei lächelnd still vor sich hin und machten ein Gesicht, wie wenn sie fragen wollten: „Wie, das ist für Euch neu!“ Ach, für sehr viele Frauen ist die dort gezeigte Kunst, „Werte aus Wertlosem“ zu gewinnen, wirklich nicht neu. Die Mahnung, nichts umsonst zu lassen, die jetzt in der Kriegszeit allen gepredigt wird, mußte schon in Friedenszeiten von Millionen im deutschen Volk befolgt werden. Der unbenutzte Rest hat schon immer fast nichts als wertlos, in unbenutzten Familien lagte schon immer die geschickte Mutter aus Altem und Abgenutztem noch „Neues“ zu machen, aus Wertlosem noch „Werte“ herauszuholen.

Neue Meisebrotmarken.

Wie amtlich mitgeteilt wird, gelangen neue Meisebrotmarken zur Ausgabe. Käufer des bisherigen über 50 Gramm werden auch solche über 500 Gramm verabsolgt. Diese 500-Gramm-Marken werden zweckmäßig von solchen Personen benutzt, die Brot im ganzen beziehen wollen, also von Müllersläubern, Bäckereiführern und Arbeitern, die anherald ihres Wohnortes tätig sind. Zum Zweck der Papierersparnis werden die Meisebrotmarken nur in Bogen zu je 10 Stück, also nicht mehr in Fellen, herausgegeben. Mit der Ausgabe der neuen Marken werden die bisherigen noch nicht unzulässig; sie gelten neben den neuen bis zum 15. März einschließlich. Die eingelieferten Marken müssen von jetzt an durch die Bäcker, Gastwirte usw. sofort nach Empfangnahme entwertet werden. Näher in Zukunft die Bäcker nicht entwertete Meisebrotmarken den Gemeinden ein, um Mehl darauf geliefert zu erhalten, so werden ihnen solche nicht angerechnet werden. Die Bäcker werden also gut tun, die von den Kommunalverbänden noch ergehenden näheren Bestimmungen über die Entwertung sorgfältig zu beachten.

Trockenmilch.

Wie das Kriegsernährungsamt mitteilt, sind in der letzten Zeit an die Milchbäckereien Industriemilch monatliche Zuweisungen von 75 000 Litern Kondensmilch und 100 000 Liter Trockenmilch erfolgt. Die Verteilung soll auch weiter, zunächst für den Februar, noch ausreicht erhalten werden.

Berliner Lebensmittel.

Auf Abschnitt 5 der Lebensmittelkarte der Stadt Berlin entfallen 1/2 Pfund Runkelrübe und auf Abschnitt 8 der Lebensmittel-

karte für Jugendliche 1/2 Pfund Runkelrübe. Die Preise für Runkelrübe betragen 87 Pf. für 1/2 Pfund, 78 Pf. für 1 Pfund im Kustlich und 75 Pf. für 1 Pfund in fertigen Pfundpackungen. Die Abkürzungen sind nur in demjenigen Geschäft, in dem der Verbraucher zum Juberbezug eingetragen ist, gegen Empfangsbescheinigung von heute bis einschließlich Dienstag, den 12. Februar, abzuliefern. Nachträgliche Anmeldungen finden nicht statt.

Eine Wanderausstellung für Säuglingsfürsorge findet in der neuen Brandenburgischen Gebornenlehrenanstalt und Frauenklinik in Neudörfen, Mariendorfer Weg 28-29, vom 11. Februar bis 8. März statt. Sie wird täglich von 3-7 Uhr unentgeltlich geöffnet sein. Mehrere Schwestern werden die Ausstellung erklären.

Für schwerhörige und erkrankte Krieger hat der Schutzbund der Schwerhörigen in Berlin seine familiären Einrichtungen unentgeltlich zur Verfügung gestellt. Die vom Militär entlassenen Schwerhörigen und Erkranteten finden dort Gelegenheit, sich im Ablesen der Sprache vom Munde zu üben, überhaupt die Möglichkeit, die durch den Gehörverlust hervorgerufenen Nachteile auszugleichen. Anfragen sind an den Verbandsvorsitzenden, Herrn E. Heinemann, Berlin SW. 47, Vogelbergstr. 54, zu richten.

Das Apollo-Theater zeigt in seinem neuen Programm eine Reihe hervorragender Varietéstücke, deren Einzelvorstellungen Director Klein zu der Gelandengruppe „Die Flieger von Lingtau“ vereinigt hat. Die Musik dazu stammt von Viktor Holländer. Es finden sich darunter mehrere neue Schläger, die nicht nur das Jungvolk, sondern auch die ältere Generation entzücken werden. Um das Gelingen des Abends bemühen sich vor allem die von früher bekannte Berliner Geisha Mia Werber und die reizende Sourette Trude Hesterberg, von den Herren der bekannte Komiker Fritz Steidl, Lambert Paulsen und Hugo Brandt. Auf akrobatischem Gebiet leistete bis chinesische Gauklerfamilie Gling Ghang Hervorragendes.

Der Wintergarten bringt in diesem Monat ein fast ausgeprochen akrobatisches Programm zur Darbietung. Bemerkenswertes leisten die russische Mice Carver, Maximilian und Sohn in ihrem rautenbräunlichen Sport, die Hagemann-Truppe in ihrem Lustakt und Kora, der phänomenale Gitarrenspieler. Der vierzehnjährige Klaviervirtuose Herbert Mähling bewies seine meisterhafte Beherrschung des Instruments. Einen Glanzpunkt des Abends bildeten die Lichtspiele der Klara Vera.

Die Lichtspiele Neue Philharmonie, Cöpenicker Straße 06/07, an der Untergrundbahn Inselbrücke, bringen heute das Filmwerk „Die Gedächtnis“, Kulturdrama in 4 Akten, mit Carola Focke in der Hauptrolle. Hierzu wird das dreistellige Lustspiel „Julchen“ mit Paula Korten gezeigt. Die Gelandengruppen sorgen wie üblich für den Uebergang vom Drama zum Lustspiel.

Im Film dargelegte Wust! Eine hiesige Filmschiffel beschäftigt sich mit Verbrechen, den Stimmungsgehalt klassischer und moderner Kunst durch den Film wiedergeben. Die Filme sollen demnach in Wohltätigkeitsvorstellungen, deren Minnertrag den Kriegsernährungsgeldern zur Verfügung gestellt wird, der Öffentlichkeit vorgeführt werden.

Verhaftungen in der Rudower Wortsache. Der Reich in Rudow, dem bekanntlich vor einigen Wochen ein auf Urlaub weilender Soldat zum Opfer fiel, der von Weisgeldelnden erloschen wurde, hat zur Verhaftung von vier jungen Weisern geführt. Von der Kriminalpolizei wurde kürzlich in Rudow in einer Gasmühle ein junger Mann festgenommen, der der Beteiligung an dem Verbrechen verdächtig war. Der Verhaftete nannte sich Rudolf Brandeis und führte auf diesen Namen lautende Kuponpapiere mit sich. Die Polizei konnte jedoch feststellen, daß er diese Papiere von dem richtigen Brandeis käuflich erworben hatte. Nach dieser Feststellung gab der Verhaftete zu, Franz Ritsche zu heißen. Eine Frau hat nun bekundet, daß der an der Wortsache zurückgelassene Kaufmann dem Ritsche gehört. Ritsche, der aus Oesterreich stammt, ist bereits vielfach bestraft. Seine Festnahme und die dadurch ermöglichten weiteren Nachforschungen haben dann zur Verhaftung von drei Weisern Brandeis aus Schöneberg, Fritz Rudolf und Wilhelm, geführt. Von dem einen der Weiser stammten die Kuponpapiere, die Ritsche als die eigenen bei sich führte. Außerdem wird von Frauen behauptet, daß die Weiser, die am Tatort gefunden worden war, dem Fritz Brandeis gehört. Ritsche, der einen Verbruch unternahm, aus dem Hellengefängnis Rudow auszubrechen, ist nach dem Potsdamer Gefängnis gebracht worden. Der verhaftete Fritz Brandeis ist seit längerer Zeit fahnenflüchtig.

Charlottenburg. Die Stadterordnetenversammlung überdies am Mittwoch die Vorlage betreffend Beteiligung der Stadt an der gemeinnützigen Gesellschaft m. b. H. „Hausbau“ an einen Kaufschuß. Es handelt sich um eine von der Brandenburgischen Provinzialverwaltung gemeinsam mit dem Groß-Berliner Verein für Kleinwohnungsweien und einigen führenden Firmen der Großindustrie in der Provinz Brandenburg ins Leben gerufenen gemeinnützigen Gesellschaft, die den Vertrieb von Wohnhäusern bezwecken will. Sie geht durch eine Vereinbaltung der einzelnen Mädel, die auf bestimmte Form und Größe hin entworfen sind, eine Verbilligung zu erzielen. Die Abnehmer sollen sich bestränken auf den Kreis der Arbeiter-schaft und der gering besoldeten Beamten. Abnehmern, deren wirtschaftliche Verhältnisse eine volle Bezahlung nicht gestatten, soll teils der Gesellschaft unter bestimmten Vorbehalten die Abzahlung gestattet werden. Von der Regelung des Altmodell-Handels, namentlich der Schaffung eines Monopols für die Gemeinde, vertritt sich der Magistrat keinen Erfolg, die Maßnahmen müssen seiner Meinung nach almeno zunächst einziehen in der Förderung der Erzeugung preiswerter und praktischer Mädel.

Neudörfen. Verkauf von Warneclade. Da eine rechtzeitige Befestigung der Kleinbändler mit Warneclade nicht erfolgen konnte, wird der Verkaufstermin für die Abgabe von 1 Pfund Warneclade auf das Mittelstück der alten Neudörfener Lebensmittelkarte bis Freitag, den 15. Februar, verlängert.

Wilmersdorf. Lebensmittel. Für die Zeit vom 16. Januar bis 15. Februar werden auf Grund der neuen Lebensmittelkarte (nicht Bezugsliste für Einzelpersonen) abgegeben: je nach Umfang der Ware auf Abschnitt 6 200 Gramm Runkelrübe oder Warneclade und auf Abschnitt 8 250 Gramm Warneclade oder Runkelrübe. Außerdem werden auf Abschnitt 7 500 Gramm Warneclade abgegeben. Die Anmeldung zum Bezug hat von Donnerstag, den 7. bis einschließlich Sonntag, den 10. Februar zu erfolgen und zwar auf alle 8 Abschnitte bei demselben Kleinbändler. Berechnung zur Annahme der Voraussetzungen sind alle Wilmersdorfer Kleinbändler, die sich durch Wahrung als Mitglied des hiesigen Nationalwarenhandlervereins oder des Vereins der Obst- und Gemüsehändler oder als Milchhandlervereins ausweisen. Die Verkaufstage werden besonders bekanntgegeben. — Montag, den 11. und Dienstag, den 12. werden durch die Brotkommissionen für Kinder bis zu 6 Jahren (geboren am 1. Januar 1914 oder später) die März-Vollmilchmarken, sowie März-Mittelmilchbezüge für Kinder bis zu 2 Jahren (geboren am 1. Januar 1916 oder später) ausgegeben. In den genannten Tagen haben sich die beteiligten Hauswirtschaftsvorstände oder ihre Vertreter (nicht Kinder) nach der veröffentlichten Ausnahmsordnung zwischen 9 und 2 Uhr in der zuständigen Brotkommission einzufinden und gegen Vorlegung geeigneter Urkunden (nicht polizeiliche Anmeldung der Kinder) die Karten und Bezugshefte in Empfang zu nehmen. Die Ausgabe der März-Vollmilchmarken für werdende Mütter und der März-Mittelmilchbezüge für stillende Mütter erfolgt

Natorp über den Aufstieg der Begabten.

In der Deutschen Schule, der wissenschaftlichen Monatschrift des Deutschen Lehrervereins, nimmt der Marburger Universitätslehrer Professor P. Natorp Stellung zu den Fragen des Aufstiegs der Begabten und der Schulorganisation in Ausführenden, die in weiten Kreisen auf Beachtung und Zustimmung rechnen können.

Den entscheidenden Grund sieht Natorp aber darin, daß ganz allgemein bei der Wahl der Schule nicht so sehr auf die besondere Begabung des Schülers und die durch diese bestimmte Berufswahl, als vielmehr darauf gesehen wird, daß der Schüler in einen Beruf kommt, der ein gewisses gesellschaftliches Ansehen genießt und eine erwünschte Lebensstellung verspricht.

Es gibt aber keinen andern Weg der Befundung als den der Einheitschule. Die deutsche Schule muß so eingerichtet werden, daß sie jeder Eigenart der Begabung die Möglichkeit bietet, sich so frei und eigen, wie es mit einer Schulorganisation überhaupt vereinbar ist, zu betätigen und durch tüchtige Leistung sich zu beweisen.

Natorps Ausführungen, deren leitende Gedanken wir hier wiedergegeben haben, sind ein tapferes Bekenntnis zu der Forderung der Einheitschule, geboren aus tiefer Einsicht in die Not unserer Schule und getragen von heißer Liebe zu unserem Volke.

Töchter der Hekuba.

Ein Roman aus unserer Zeit von Clara Siebig.

Von der Dombrowski war nichts zu sehen, der einsame Hirt des Hauses gähnte dunkel. Als Gertrud die Tür ihrer Stube aufschloß, empfing sie das Weinen ihres verlassenen Kindes.

IX.

Bei Vertholdis traf ein Brief von Frau von Lohberg ein. Sie bat, man solle es Annemarie schonend mitteilen, daß der älteste Bruder, der schon vor längerer Zeit auf den Balkan abkommandiert war, in Mazedonien am Bardar vom Typhus befallen worden sei.

Annemarie weinte, als Frau Vertholdis ihr den Brief mitteilte: ihr Lieber, guter, schöner Jörg! Aber dann tröstete sie sich bald wieder: es ging ihm ja schon besser. Ihre Gedanken waren mit anderem beschäftigt und ihr Herz auch.

wo ein jeder treiben darf, wozu von Haus aus Trieb und Fähigkeit in ihm selber liegt, worin er daher das Beste zu leisten imstande ist.

Eine verdächtige Gesellschaft.

Ich erzähle Tatsachen, schreibt ein Mitarbeiter des Pariser "Le Double". Die Portierfrau schloß zuerit Argwohn. An bestimmten Abenden in der Woche tat sich etwas bei den Leuten im Erdgeschoss.

Der Polizeikommissar nahm die Sache sehr ernst. Mit noch zwei anderen Inspektoren drang er eines Abends in Begleitung der Portierfrau in die Spielhölle ein, in der nur zu seiner nicht geringen Verwunderung tiefste Finsternis herrschte.

Und doch sind sie alle da! schwur die Portierfrau hoch und heilig. Sie werden dunkel gemacht haben, wie sie uns kommen hörten.

Der Polizeikommissar drehte das Licht an, und siehe da, fünfzehn Personen beiderlei Geschlechts saßen rund um einen Tisch herum, mit steinernen Gesichtern wie die Pharaonen auf ihren Gräbern.

Im Namen des Gesetzes, sagte der Polizeikommissar, was tun sie hier?

Die Polizeibeamten saßen unter den Tisch, und da fanden sie etwas, das einem strategischen Plan gleich sah. Auch die Karte Europas, wie sie 1920 aussehen würde, war da in großen Strichen gezeichnet.

Es bedurfte einiger Zeit, bis festgestellt war, daß die strategischen Zeichnungen von dem Geiste Napoleons herrührten. Falls beim Eintritt der Beamten sich gerade Widmard gemeldet hätte, wären die unglücklichen Spiritisten womöglich noch des Einverständnisses mit dem Feinde angeklagt worden.

Wir aber, schloß das Blatt, möchten dafür eintreten, daß man den Spiritisten Gedankenfreiheit gibt. Wir sind selbst dafür, daß der Staat den Spiritismus auf alle Weise begünstige. Denn seine Anhänger sind ruhige Bürger, die niemand etwas zuleide tun und sich ganze Stunden hindurch still verhalten und schweigen können.

Der Nährwert der Gerstengröße.

Dr. Hindede, der bekannte dänische Ernährungsforscher und Vertreter einer vorwiegend vegetabilischen, weniger eiweißhaltigen Ernährung, hat wie dänische Blätter berichten, neue Ernährungsversuche mit Gerstengröße gemacht, die ein außerordentlich günstiges Ergebnis hatten.

Kuudauer wurden allseitig anerkannt, und durch das verständnisvolle Entgegenkommen seiner Vorgesetzten wurde es ihm ermöglicht, täglich mit Hilfe seines Fahrrades mehrere Male das Laboratorium Dr. Hindedes zu erreichen, um dort seine nur aus Wassergrüße bestehenden Mahlzeiten einzunehmen.

Kann man Petroleum durch Sodazusatz strecken?

Vielfach wird dem Petroleum, das in Lampen verbrannt wird, Soda oder auch wohl Kochsalz zugelegt, und dieser Zusatz, so wird behauptet, sei eine richtige Streckung des Petroleums und verlängerere dessen Brennauer.

Notizen.

Ein Kriegsmuseum. Das preussische Kriegsministerium (Armeedirektion) hat seit einiger Zeit mit den Vorbereitungen für ein nach dem Kriege zu errichtendes Kriegsmuseum beschäftigt.

Der Maler Gustav Klimt ist 50 Jahre alt in Wien gestorben. In ihm verliert die österreichische Sezession, die freilich nie die Bedeutung der Berliner Sezession hatte, ihr vielseitigstes und vielumwärmtestes Haupt.

Auf eine neue Fettsäure weist der schwedische Naturforscher Dr. Wefenberg-Lund hin. In dem Pflanzen, der auf der Oberfläche der See schwimmenden mikroskopischen Pflanzen- und Tierorganismen, ist nach ihm eine — überaus reiche Fettsäure enthalten.

Amerikanischer Betonstahlfabrikant. Der Van von Betonstahlfabrik, der zuerst in nordischen Breiten vertriebt wurde, soll jetzt auch in den Vereinigten Staaten in großem Maßstabe unterommen werden.

Wenn Rudolf Vertholdi noch nicht zu dem Mädchen gesprochen hatte, das ihn das schüchtern und Beste auf Erden dünkte, so war es nur ein kleiner Rest von Besinnung noch, der ihn zurückhielt: er war noch so jung.

Emilie meinte schon all die Tage. Sie bemühte sich zwar, ihre Tränen vor der Herrschaft zu verbergen, zumal vor Herrn Vertholdi, aber als dieser wieder abgereist war, tat sie sich nicht mehr den gleichen Zwang an, die gnädige Frau wachte ja schon um ihren Kummer.

Emilie schämte sich — die volle Wahrheit konnte sie doch einem so jungen Menschen nicht sagen. So erzählte sie ihm denn, wie sehr sie sich gräme, daß sie ihren Schatz nicht geheiratet hätte, ehe der in den Krieg zog.

Mitleidig sah der junge Mann sie an: das hübsche Gesicht war schmal geworden, lange nicht mehr so rund und frisch. Und dann nickte er verständnisvoll. Ja, das war dummt von ihr gewesen, sehr tödlich.

Die Mutter sah allein in ihrem Zimmer, ein wehmütiger Ausdruck lag auf ihrem Gesicht. Nun waren die Söhne da, ihre beiden Jungen — wie hatte sie sich gefreut! Und nun war es doch nicht so, wie sie es sich gedacht hatte.

zog? Heiß wälte es in ihr auf. Heut war sie nicht fastnünftig, heut war sie zornig: es war unart, unbescheiden von Annemarie. Wie hätte sie das von der erwartet.

Hedwig Vertholdi fühlte nicht, daß sie ungerecht war. Es häuete sich in ihr auf gegen das Mädchen, das sie vordem doch so bewußt hatte. Wenn Annemarie dem Sohn nicht entgegengekommen wäre, würde der gar nicht so sein.

An was die Mutter sonst mit Schrecken gedacht hatte, dem sah sie jetzt mit einer gewissen Beruhigung entgegen: dem Ende des Urteils. Dann hatte auch die Sache ein Ende. Und sie beschloß, sich in Geduld zu schicken.

Er aber setzte sich ihr gegenüber. Sein Gesicht glühte, es strahlte etwas aus seinen Augen, was sie süchtig machte. „Nun?“ Sie sah ihn erwartungsvoll an.

„Was ich will? Ja, ich will etwas!“ Er neigte sein glühendes Gesicht gegen sie, seine Augen suchten bittend die ihren: „Mutter, Annemarie und ich lieben uns. Wir haben uns eben ausgesprochen — sie will mich, ich will sie. Ich will sie heiraten.“ Er wollte zur Tür eilen.

(Fortf. folgt.)

